

# BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE: GESUNDHEIT SCHÜTZEN – EXISTENZEN SICHERN

POSITIONSPAPIER  
DER SP SCHWEIZ

Anträge 1 bis 18



## ZUSAMMENFASSUNG CORONA-POSITIONSPAPIER

Die Schweiz ist in vielem ein Sonderfall, bei der Bekämpfung einer globalen Pandemie darf sie es jedoch nicht sein. Bereits sind hierzulande über 7000 Menschen am Corona-Virus gestorben. Das ist beschämend und tragisch zugleich. Die Schweiz hat es nicht geschafft, sich auf die zweite Welle vorzubereiten, weder politisch, institutionell noch in Bezug auf das Gesundheitswesen. Hinzu kommt, dass bislang keine wirksamen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie getroffen wurden. Der «Schweizer Weg» muss also als gescheitert bezeichnet werden. Gleichzeitig ist der Handlungsbedarf gross.

Es ist eine Hauptaufgabe für die SP als politische Partei, die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und den betroffenen Menschen eine Perspektive zu geben. Auch die SP wollte die Wucht der zweiten Welle lange nicht wahrhaben. Schlimmer war und ist jedoch das Verhalten der rechtsbürgerlichen Parteien: auf Druck der Wirtschaftsverbände stemmen sie sich aktiv gegen die Pandemiebekämpfung. Im selben Atemzug verhindern sie, dass die wirtschaftlich Betroffenen angemessen entschädigt werden. Das muss als politisches Totalversagen gewertet werden.

In diesem Positionspapier fokussiert die SP auf die unmittelbare Bewältigung der Corona-Krise und stellt Forderungen in den vier wesentlichen Bereichen Gesundheit, Arbeit, Service public sowie Föderalismus auf. Die Zahl der Erkrankten muss rasch und dauerhaft sinken – ansonsten werden tausende weitere Menschen sterben und hunderttausende Menschen ihre wirtschaftliche Existenz verlieren. Denn eine dritte oder vierte Welle darf es nicht mehr geben.

**Gesundheit:** Der Schutz der Menschen und ihrer Gesundheit müssen die politischen Entscheidungen lenken, nicht die Vermeidung von Entschädigungsleistungen. Es war und ist ein wiederkehrendes Versäumnis in der Corona-Krise, dass zu wenig auf die Wissenschaft gehört wurde und zu stark auf Lobbys und politische Interessen. Es gibt keinen Zielkonflikt zwischen Gesundheit und Wirtschaft. Im Gegenteil: Das wirksamste Hilfsprogramm für Unternehmen, Mitarbeitende und Selbständige sind sinkende Fallzahlen. Menschenleben können nicht in Geld aufgewogen werden.

**Arbeit und Wirtschaft:** Zur Eindämmung der Pandemie wird es weitere Einschränkungen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens geben. Das ist bedauerlich, aber leider unvermeidlich. Die Schliessung von Branchen und Betrieben ist ein Dienst an der Allgemeinheit. Sie dient kurzfristig dem Schutz der Gesundheit und langfristig dem Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Zentral ist, dass die Schweiz das nötige Geld zur Verfügung stellt, um alle von der Corona-Krise betroffenen Menschen und Unternehmen, die unverschuldet in finanzielle Nöte geraten sind, zu entschädigen. Kurz: Schliessen, wenn nötig, und Ausfälle rasch und wirkungsvoll entschädigen.

**Service public:** Als das Land im März plötzlich stillstand, spendete die Schweiz von den Balkonen aus all jenen Menschen Applaus, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktioniert: Pflegefachleute, Ärztinnen, Pöstlerinnen, Strassenreiniger, Busfahrerinnen, Supermarktkassierer und viele mehr – sie mussten trotz Lockdown weiter an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, vielfach unter prekären Bedingungen. Viele dieser Berufe haben eines gemein-

sam: Sie sind zu wenig gut bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Eine Verbesserung ist dringend nötig. Die öffentliche Infrastruktur ist systemrelevant und darum Teil des Service public. Dazu gehören auch Bereiche, die heute noch nicht als Service public anerkannt werden wie beispielsweise die Kinderbetreuung.

**A-1 : Parti Socialiste Fribourg**

**Amendement au Résumé, page 3, «Service public», 3<sup>ème</sup> ligne, et Chapitre 3, page 11, en bas:**

***Demande : ajouter « pharmacies et leurs équipes » entre « médecin » et « personnel postal »***

***Exposé des motifs : Le PS doit reconnaître que les pharmacies publiques aussi, bien que ce soient des structures privées, ont montré leur mission essentielle de service public de proximité accessible sans rendez-vous et sont également restées ouvertes durant le confinement. Elles ont dû maintenir leur service longtemps sans aide logistique de la Confédération et des cantons, tout en faisant face à des défections de personnel en raison de la maladie. En outre, les pharmacies jouent un rôle décisif dans l'accès du public aux tests Covid (antigènes et anticorps) et permettront d'atteindre l'objectif de vaccination généralisée le plus rapidement possible. Et enfin, les assistant(e)s en pharmacie font partie également des professions de santé qui ne sont pas bien rémunérées.***

***Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme***

**A-2 : Parti socialiste neuchâtelois**

***Amendement au chapitre ou à la requête : Résumé du papier, chapitre « Service public »***

***Demande : ajouter avant « Une amélioration est nécessaire de toute urgence. » La logique de concurrence imposée par la LAMal a affaibli le service public et...***

***Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme***

**Politische Institutionen:** Die Corona-Krise und deren Bekämpfung in den Kantonen hat Schwachstellen des Föderalismus schonungslos offengelegt: Flickenteppiche bei den Massnahmen, fehlende Kompetenzen und Zaudern beim Aktivwerden aus Angst vor zu tragenden Kosten – der Föderalismus hat nicht dazu geführt, der Bevölkerung und den Unternehmen ein Mindestmass an Planungssicherheit zurückzugeben. Der Bundesrat muss darum bis zum Ende der Corona-Krise seine Führungsverantwortung wieder übernehmen und landesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte und verständliche Massnahmen durchsetzen. Es braucht verlässliche Regeln, die von der Bevölkerung verstanden, akzeptiert und befolgt werden können.

**A-3 : Parti socialiste neuchâtelois**

**Amendement au chapitre ou à la requête :** Résumé du papier, chapitre « Institutions politiques »

**Demande :** *ajouter après « la crise du coronavirus et la lutte contre celle-ci dans les cantons ont impitoyablement mis en évidence les faiblesses du fédéralisme.»*  
*Poussées par la concurrence, les autorités cantonales se trouvent réduites en temps normal à jouer le rôle d'organes d'exécution de la LAMal ; elles ne forment pas une entité portée par une vision commune et concertée, privant ainsi le système de la coordination politique dont il aurait besoin. Résultat :*

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung der GL:** Für eine Zusammenfassung geht diese Ergänzung zu sehr ins Detail. Sie ist inhaltlich berechtigt, darum empfiehlt die GL den identischen Antrag A-4 auch zur Annahme. Aber die Zusammenfassung sollte so knapp und konzentriert wie möglich gehalten bleiben.

## **EINLEITUNG: DIE CORONA-SITUATION IN DER SCHWEIZ IST UNHALTBAR: DIE ZAHLEN MÜSSEN DAUERHAFT RUNTER!**

Anfang 2021 ist die Corona-Situation in der Schweiz sehr schlecht. Kaum ein Land verzeichnet höhere Fallzahlen und muss mehr Todesfälle beklagen. Allein seit Anfang Herbst 2020 sind über 5000 Menschen mit einer Corona-Infektion gestorben. Die Schweiz hat es politisch, institutionell und in Bezug auf das Gesundheitswesen verpasst, sich auf die zweite Welle vorzubereiten, vor der seit Monaten gewarnt wurde.

Nach der ersten Pandemie-Welle war in der Schweiz der Glaube weit verbreitet, wieder mal alles richtig gemacht zu haben. Das Gefühl, die Schweiz könne das Corona-Virus beherrschen, war fatal für die Vorbereitung der zweiten Welle. Unser Land, das sich gewohnt ist, globale Krisen und Katastrophen aus dem neutralen Beobachterposten zu verfolgen, wähnte sich einmal mehr verschont. Ein gefährlicher Mix aus Überheblichkeit und Sonderfalldenken machte sich in Politik und Gesellschaft breit. Kein europäisches Land lockerte im Frühling früher und weitgehender als die Schweiz. Und kaum ein Land zögerte im Herbst neue Einschränkungen länger hinaus. Selbst als die Fallzahlen im Oktober und November explodierten, schienen dies weite Teile unseres Landes nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Der Schock setzte später ein, als das Desaster nicht mehr übersehen werden konnte. Heute ist klar, dass der «Schweizer Weg» gescheitert ist. Die Schweiz ist in vielem ein Sonderfall, bei der Bekämpfung einer globalen Pandemie darf sie es jedoch nicht sein. Hoffentlich ist der Schock ein heilsamer: Die schweizerische Arroganz, angeblich immer alles besser zu wissen und zu machen als der Rest der Welt, hat sich in der Pandemie-Bekämpfung als gefährliches Hindernis erwiesen.

Wenn diese Krise vorbei ist, wird auch eine weitere schweizerische Eigenart kritisch analysiert werden müssen: Der Föderalismus. Das Prinzip, möglichst viele Angelegenheiten des täglichen Lebens dezentral zu regeln und zu entscheiden, hat viele Vorteile. Für die Bekämpfung einer globalen Gesundheitskrise taugt der Föderalismus jedoch nicht. Erstens hält sich ein Virus nicht an Kantonsgrenzen: In der kleinteiligen Schweiz ist es unsinnig und der Akzeptanz in der Bevölkerung abträglich, wenn sich die Regeln alle paar Kilometer ändern. Zweitens fehlt es schlicht an Kompetenz: Wenn schon Grossmächte mit der Bewältigung der Corona-Krise überfordert sind, dann gilt das erst recht für Kantone, in denen zum Beispiel die Kantonsarztstelle eine Teilzeitstelle ist. Drittens erwies sich der Föderalismus als «Chicken Game»: Kein Kanton wollte sich als erster bewegen, solange er die Kosten dafür tragen muss. Das Fazit ist klar: In einer Krise dieser Grössenordnung muss der Bund das Steuer übernehmen.

*A-4 : Parti socialiste neuchâtelois*

***Demande :** compléter « Cependant, le fédéralisme n'est pas bon pour lutter contre une crise sanitaire mondiale. » par, surtout quand la concertation et la coordination entre les cantons ne sont pas fortement ancrées dans la pratique en temps normal. Cette absence de coordination et de concentration est malheureusement aujourd'hui la règle, à cause de la LAMal qui a progressivement réduit les cantons à*

*de simples organes d'exécution, qui ne peuvent inventer des systèmes coordonnés de régulation en urgence lorsque la crise survient.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

**A-5 : Parti socialiste neuchâtelois**

**Amendement au chapitre ou à la requête : Introduction, 3ème paragraphe**

**Demande : Ajouter après « L'enseignement à tirer est limpide : dans une crise de cette ampleur » et faute d'une pratique éprouvée de la coordination intercantonale,**

**Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

Schliesslich muss sich auch die Politik kritisch hinterfragen. Die Selbstauflösung der Volksvertretung im März war kein Glanzlicht des Parlamentarismus. Ebenso wenig wie im Dezember die feierliche Erklärung des Nationalrats zur zulässigen Befüllung von Gondelbahnen. Auch die SP hat im Laufe der Krise Fehler gemacht. Auch wir wollten zu lange nicht wahrhaben, mit welcher Wucht uns die zweite Welle trifft. Doch dass die bürgerlichen Parteien, insbesondere SVP und FDP, auf Druck der Wirtschaftsverbände aktiv wirksame Massnahmen verhindert haben und weiter verhindern, muss als politisches Totalversagen gewertet werden. Schlimmer noch: Nicht nur stemmen sich die Rechtsparteien gegen ein Eindämmen der Pandemie, sie verhindern auch noch, dass die wirtschaftlich Betroffenen angemessen entschädigt wurden.

Darum ist die Lage heute schlecht, aber sie ist nicht hoffnungslos. Die Schweiz könnte Corona, das hat sie im Frühling bewiesen. Die Welle der Solidarität, die in der ersten Welle die gesamte Gesellschaft erfasste, war berührend und beeindruckend. Dafür gebührt der Schweizer Bevölkerung ein riesiger Dank! Dieser Dank schliesst explizit jene Menschen ohne Schweizer Pass mit ein, ohne die in der Krise das Gesundheitswesen oder der Service public nicht hätten funktionieren können.

**Mittlerweile ist bekannt, welche Massnahmen es braucht, um die Fallzahlen rasch und dauerhaft zu senken. Denn die Fallzahlen müssen nicht nur schnell sinken, sie müssen auch dauerhaft tief bleiben. Wenn es dazu weitere Einschränkungen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens braucht, so ist das bedauerlich, aber leider unvermeidlich. Denn eine dritte oder vierte Welle darf es nicht mehr geben!**

Schon heute sind viel zu viele Menschen gestorben, viel zu viele Menschen gesundheitlich dauerhaft geschädigt und viel zu viele Menschen stehen wirtschaftlich vor dem Nichts. Und nicht zu vergessen: Das Gesundheitspersonal leistet in der Corona-Krise seit Monaten einen immensen Einsatz. Viele Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sind mittlerweile selbst am Limit, die Hilferufe aus Spitälern und Heimen mehren sich. Auch um die Gesundheit der Mitarbeitenden im Gesundheitsbereich zu schützen, müssen die Fallzahlen rasch und dauerhaft sinken.

Im Folgenden stellen wir unsere Forderungen in den vier Bereichen Gesundheit, Arbeit, Service public sowie Föderalismus vor. Zu Detailmassnahmen äussern wir uns in diesem Papier bewusst nicht. Das überlassen wir den Expert:innen sowie den gewählten Entscheidungsträger:innen. Aber nach einem Jahr globaler Pandemie sind die Massnahmen, welche die Fallzahlen senken, im Prinzip bekannt. Hingegen erachten wir es als Hauptaufgabe für uns als politische Partei, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern und den betroffenen Menschen eine Perspektive zu geben.

## **1. GESUNDHEIT: DER SCHUTZ DER GESUNDHEIT HAT IN DER KRISE OBERSTE PRIORITÄT**

Seit Beginn der Corona-Krise ist es ein Mantra der Bürgerlichen: Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie dürften nicht auf Kosten der «Wirtschaft» gehen. Noch Ende Oktober behauptete Finanzminister Ueli Maurer, die Schweiz könne nicht mehr Geld zur Corona-Bekämpfung ausgeben. Als ob Menschenleben in Geld aufgewogen werden könnten. Und als ob die Eindämmung der Pandemie teuer wäre. Viel teurer ist es nämlich, die Pandemie wüten zu lassen und danach die Trümmer zu beseitigen.

Anfang November schrieben 60 Ökonom:innen in einem offenen Brief an den Bundesrat unmissverständlich: *«Es scheint ein weitverbreitetes und tiefgreifendes Missverständnis hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu geben. Oftmals werden Kosten eines Lockdowns in die Argumentation eingebracht, die einen Zielkonflikt zwischen Wirtschaft und Gesundheit voraussetzen. Unserer Meinung nach, und insbesondere für die derzeitige epidemiologische Lage, in der sich die Schweiz aktuell befindet, ist diese Dichotomie falsch: Es gibt keinen Zielkonflikt.»*

Und auch die Science Task Force hielt am 14. November fest: *«Eine rasche Verringerung der Fallzahlen ist auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtig. (...) Die empirische Evidenz aus der ersten Welle hat gezeigt, dass Volkswirtschaften mit weniger strengen Massnahmen wirtschaftlich mindestens ebenso stark betroffen sind und mehr Todesfälle zu beklagen haben.»*

**A-6:** Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Muriel Günther (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)

**Forderung:** Ergänzung nach dem dritten Absatz („...Todesfälle zu beklagen haben.“)

*Offensichtlich sah dies die politische Führung der Schweiz anders und entschied, die profitorientierte Wirtschaft über die Gesundheit der Bevölkerung zu stellen. Aus Angst vor ausbleibenden Profiten wurden die vorgeschlagenen Massnahmen nicht umgesetzt. Ausserdem setzten die Massnahmen immer zuerst dort an, wo es die Wirtschaft weniger schmerzt, nämlich bei den Freizeitaktivitäten, obwohl auch am Arbeitsplatz ein hohes Risiko für Ansteckungen besteht.*

**Begründung:** Nach einer kurzen Phase der politischen Orientierungslosigkeit hatten die Rechtsbürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände entschieden, wo ihre Prioritäten lagen: beim Aufrechterhalten der Gewinne. Dies zeigte sich sowohl bei den risikoreichen verfrühten Öffnungsschritten wie auch bei der Weigerung, sich im Herbst zu gesundheitspolitischen Massnahmen zu bekennen. Lohnabhängige wurden trotz Gesundheitsrisiko zur Arbeit vor Ort gezwungen und die SVP fordert bis heute, dass die meisten Massnahmen aufgehoben werden sollen. Dies zeigte sich auch in den Massnahmen, welche die Mehrheit des Bundesrats jeweils zuerst verhängte: sie betrafen mehrheitlich das Freizeitleben. Das Recht auf Homeoffice oder notfalls bezahlte Ferien kam jeweils erst ganz am Schluss. Dies bedeutet nicht, dass die Regeln in der Freizeit nicht notwendig waren oder sind, aber es zeigt, wo in einer kapitalistischen Wirtschaft die Prioritäten gesetzt werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme: „Offensichtlich sah dies die bürgerliche Mehrheit, angeleitet von den Wirtschaftsverbänden, anders und entschied...“

**Begründung der GL:** Wir sollten klar benennen, wer die Verantwortung für die (Nicht-)Entscheide der letzten Monate trägt. Es ist die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat, im Parlament und in den meisten Kantonen.

Die SP teilt und unterstützt diese Haltung – allerdings mit einem wichtigen Zusatz: Personen und Unternehmen, die von Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen sind, müssen zwingend rasch und grosszügig entschädigt werden (mehr dazu in Kapitel 4).

Es war und ist ein wiederkehrendes Versäumnis in der Corona-Krise, dass zu wenig auf die Wissenschaft gehört wurde und zu stark auf Lobbys und politische Interessen. Damit muss Schluss sein! Gerade mit Blick auf die Impfstrategie braucht es eine evidenzbasierte und wissenschaftlich fundierte Politik und Kommunikation. Das Ziel muss sein, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Menschen zu impfen. Wer geimpft werden möchte, der soll ein Recht auf Impfung haben. Nur so kann das Corona-Virus wirkungsvoll bekämpft werden. Die Geschichte lehrt uns, dass Impfungen ein grosser Fortschritt sind und unendlich viel Leid verhindern. Um Skeptiker:innen vom Nutzen einer Impfung zu überzeugen, ist Aufklärung notwendig. Denn die Corona-Impfung ist ein Akt der Solidarität: Sie schützt die besonders gefährdeten Personen und ebnet uns allen die Rückkehr zur «Normalität». Die SP ist überzeugt, dass mittels Aufklärung und wissenschaftlich fundierter Informationsarbeit eine hohe Durchimpfung der Bevölkerung erreicht werden kann.



**Darum fordert die SP: Der Schutz der Menschen und ihrer Gesundheit müssen die politischen Entscheidungen lenken, nicht die Vermeidung von Entschädigungsleistungen.**

- 1) Wenn es epidemiologisch notwendig ist, sollen Betriebe und Branchen **ohne Verzögerung geschlossen und dafür rasch und umfassend entschädigt** werden.
- 2) Die Kantone müssen ihre **Kapazitäten für Testing & Tracing endlich ausbauen und eine sinnvolle Strategie definieren, die auch «Backward Tracing» ermöglicht**. Der Bund soll verbindliche Ziele vorgeben, diese überprüfen und säumige Kantone büssen. Insbesondere soll der Bund breite Testaktionen zum Aufspüren unentdeckter Fälle, wie sie Graubünden durchgeführt hat, fördern.
- 3) Um die Verbreitung des Virus einzudämmen, ist es notwendig, so viele Tests zu machen wie nur möglich. Man kann nicht «zu viel» testen. **Darum müssen Corona-Tests für alle gratis sein, egal ob Symptome vorliegen oder nicht.**
- 4) Die Bevölkerung hat ein **Recht auf Corona-Impfung**. Insbesondere Menschen, die in «Risikoberufen» mit viel Kundenkontakt und ohne Möglichkeit im Home Office zu arbeiten, sollen sich prioritär impfen lassen können. **Bund und Kantone müssen die nötigen Impf-Kapazitäten sofort aufbauen und mit Information und Anreizen darauf hinwirken, dass sich möglichst viele Menschen möglichst bald impfen lassen**. Darum begrüsst die SP ausdrücklich, dass die Impfungen für die Bevölkerung gratis sind.
- 5) Die **Schutzkonzepte am Arbeitsplatz** müssen strenger überprüft und durchgesetzt werden. **Die kantonalen Arbeitsinspektorate müssen personell aufgestockt werden**, wie es die Internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) vorschreibt: Pro 10'000 Arbeitsplätze braucht es eine Arbeitsinspektor:innen-Stelle.
- 6) Für viele Menschen haben Pandemie und Isolation gravierende psychische Auswirkungen. Laut einer Studie der Universität Basel hat der psychische Stress vor allem in der zweiten Welle deutlich zugenommen. Die **Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit** müssen genau beobachtet werden. Niederschwellige Beratungsangebote müssen ausgebaut werden, um verunsicherten Menschen eine Anlaufstelle zu bieten.
- 7) Auch droht ein Anstieg der häuslichen Gewalt an Frauen. **Schutzprogramme gegen Gewalt** müssen darum ausgebaut und leichter zugänglich gemacht werden.
- 8) Über die Langzeitfolgen des Corona-Virus ist noch wenig bekannt. **Die Schweiz muss die Forschung zu «Long Covid» intensivieren und die Betroffenen unterstützen**. Das geht von Reha-Programmen über Anpassungen der Sozialwerke bis zur Verhinderung von Diskriminierung Long-Covid-Betroffener bei der Krankenversicherung. Zudem muss die Aufklärung der Bevölkerung über Langzeitschäden verstärkt werden.

- 9) Die Bekämpfung der Corona-Pandemie ist eine globale Aufgabe. Darum soll die Schweiz ihren **Beitrag an die Weltgesundheitsorganisation WHO substanziell und unilateral erhöhen**. Heute bezahlt die Schweiz zusätzlich zu ihrem Pflichtbeitrag einen freiwilligen Zusatzbetrag von 7,5 Millionen Franken pro Jahr. Vergleichbare Länder wie Schweden oder Norwegen leisten ein Vielfaches.
- 10) Ein Impf-Nationalismus der reichen Länder auf Kosten der armen Länder wäre ein humanitäres Fiasko. Darum muss sich **die Schweiz im Rahmen der Impfallianz GAVI sowie der globalen Initiative «Covid-19 Vaccine Global Access» (COVAX) für eine gerechte Verteilung der Impfstoffe** einsetzen.

*A-7: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Muriel Günther (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)*

*Forderung: Änderung bei Forderung 9 („Ein Impf-Nationalismus auf Kosten der...“)*

*Der Impf-Nationalismus der reichen Länder auf Kosten der armen Länder ist ein humanitäres Fiasko.*

*Begründung: Die SP muss hier Klartext sprechen. Die massive Ungleichheit bei der Impfstoffverteilung ist kein Problem der Zukunft, sondern bereits heute Realität. Die WHO hat kürzlich Zahlen veröffentlicht, welche dies klar zeigen: die Länder des globalen Nordens haben sich bereits jetzt so viele Impfdosen gesichert, dass sie ihre Bevölkerung mehr als einmal impfen könnte, während die Länder des globalen Südens noch jahrelang werden warten müssen.*

*Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme*

## **2. ARBEIT UND WIRTSCHAFT: JOBS ERHALTEN, KAUFKRAFT SICHERN, KONJUNKTUR STABILISIEREN**

Wie im vorherigen Kapitel ausgeführt, besteht die wirkungsvollste Massnahme zum Schutz von Arbeitsplätzen, Einkommen und Betrieben darin, die Pandemie einzudämmen und die Fallzahlen zu senken. Die Schliessung von Branchen und Betrieben ist ein Dienst an der Allgemeinheit. Sie dient kurzfristig dem Schutz der Gesundheit und langfristig dem Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Dieser Dienst an der Allgemeinheit gehört selbstverständlich entschädigt, und zwar wirkungsvoll, so dass Konkurse auch wirklich verhindert werden. Darum muss die Politik wegkommen vom Härtefall-Denken und der Einzelfallbetrachtung. Wir sind nicht in einer Situation, wo der Grossteil der Wirtschaft normal funktioniert und ein paar «Härtefälle» aufgefangen werden müssten. **Schiessen, wenn nötig, und Ausfälle rasch und wirkungsvoll entschädigen – das muss die Strategie sein.** Und zwar ohne teure und schwerfällige Kontrollbürokratie. Missbräuche können immer noch im Nachhinein mittels Stichproben-Kontrollen aufgedeckt und sanktioniert werden.

**A-8:** Muriel Günther (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)

**Forderung:** Ergänzung nach dem ersten Absatz („...aufgedeckt und sanktioniert werden.“)

Die Forderung nach Unterstützungsleistungen an Kleinbetriebe versteht sich hierbei ganz klar Mittel zum Zweck: Im Zentrum der Sozialdemokratie steht nach wie vor der Mensch und nicht die private Wirtschaft. Jedoch ist sich die SP bewusst, dass das klassische Lohnabhängigkeitsverhältnis immer weniger als Regel angesehen werden kann – Scheinselbstständigkeiten, Eigenausbeutung in der «wirklichen» Selbstständigkeit und ungeregelte Arbeitsverhältnisse betreffen einen steigenden Teil der Bevölkerung. Für diese Menschen müssen wir uns einsetzen – Besitzende von grösseren Unternehmen und Menschen mit wesentlichem Kapitalbesitz haben schliesslich bereits die Rechtsbürgerlichen als Verbündete.

**Begründung:** Eine Partei, die eine Umfrage unter 400 KMUs durchführt, aber nicht bei deren Angestellten, scheint einen guten Teil ihres Zielpublikums mit jenem der FDP zu verwechseln. Die Annahme dieses Antrags ist ein Bekenntnis zu den arbeitenden Menschen in dieser Gesellschaft und zeigt, dass die SP ihre Wurzeln und ihre Basis nicht vergisst. Die Besitzenden einer Unternehmung mit 250 angestellten Lohnabhängigen vertreten andere Interessen als ihre Angestellten. Der Positionsbezug zugunsten der Seite der Angestellten muss im Kontext der sonstigen Formulierungen im Analyseteil klargestellt werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

Trotzdem stellt eine verordnete Schliessung natürlich viele Unternehmen vor eine schwierige Situation. Eine Umfrage der SP bei über 400 KMU-Betrieben zeigt, dass die Auswirkungen der Corona-Krise über die unmittelbaren Folgen der Betriebsschliessungen hinausgehen. Das gemäss Umfrage häufigste Problem war, dass die Betriebe zwar offen bleiben durften, jedoch einen Kunden- und Umsatzrückgang zu verzeichnen hatten. Ausserdem wurden Lieferprobleme bei Lieferanten sowie Ausfälle von Mitarbeitenden aufgrund von Betreuungspflichten oft genannt.

Das zeigt die Bandbreite der Probleme auf, welche die Corona-Pandemie nach sich zieht. Die Schweiz hat im Frühling bezüglich Finanzhilfen schnell und richtig reagiert. Doch leider hat sich die damalige Hoffnung, nach ein paar Monaten wäre alles vorbei, als Illusion erwiesen. Massgeblich verantwortlich für diese Fehleinschätzung ist das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. Sie SECO-Führung war in ihrem neoliberal geprägten Denkkorsett gefangen und blieb über Monate hinweg untätig und unfähig zu kreativen und wirksamen Lösungen. In Kombination mit einem (führungs-)schwachen Wirtschaftsminister und überforderten Kantonen führte dies dazu, dass hunderttausende Betroffene viel zu lange auf Entschädigung warten mussten. Vor allem KMU und Selbständige konnten vom SECO

wenig Unterstützung erwarten, während Grosskonzerne wie die Swiss mit massgeschneiderten Paketen gerettet wurden.

Heute wissen wir, dass die Betroffenen dauerhafte Unterstützung brauchen bis zum Ende der Pandemie und darüber hinaus. Und statt Branchenlösungen und Einzelmassnahmen braucht es ein robustes und planungssicheres Unterstützungssystem für alle Menschen und Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise ihren Betrieb einstellen mussten, Umsatzrückgänge erlitten oder sonst unverschuldet wirtschaftlich geschädigt wurden.

Ziel ist, so viele Jobs und Betriebe wie möglich zu sichern, weil sonst die wirtschaftliche Erholung nach der Krise noch schwieriger wird. Ziel ist ebenfalls, die Einkommen und damit die Kaufkraft zu erhalten. Einerseits aus der Perspektive der Betroffenen, weil Rechnungen, Miete und Krankenkassen-Prämien auch in der Krise bezahlt werden müssen. Andererseits aus volkswirtschaftlicher Sicht, weil ein Einbrechen der Binnennachfrage die Krise noch weiter verschärfen würde. Aus finanzpolitischer Sicht sind Soforthilfen deutlich kostengünstiger, als wenn Konkurse mit zehntausenden von Arbeitslosen sowie ein Anstieg bei der Sozialhilfe als Folge der Untätigkeit in Kauf genommen werden.

Darum befürwortet die SP das Konzept der Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV). Die AEV würde sämtliche Risiken in Zusammenhang mit unfreiwilliger Erwerbslosigkeit decken, unabhängig von der Ursache (Stellenverlust, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit etc.). Und die AEV würde wichtige Lücken schliessen (Krankentaggeld, Ergänzungsleistungen für Familien mit geringem Einkommen, Einbezug der selbstständig Erwerbenden). Die bestehende Arbeitslosenversicherung (ALV) mit ihrer Ausrichtung auf die «klassische» Vollzeit-Berufskarriere hat sich in der Corona-Krise nur bedingt als praxistauglich erwiesen. Wer eine atypische Berufskarriere ohne Festanstellung aufweist, fällt durch die Maschen. Auch Freischaffende und Selbständige sind durch die ALV nur beschränkt versichert. Die Allgemeine Erwerbsversicherung wird als Idee schon seit einigen Jahren diskutiert. Nach der Corona-Krise ist es Zeit, aus den Diskussionen ein konkretes Reformprojekt zu machen.

Seit Beginn der Corona-Krise hat die SP gegen den über lange Zeit erbitterten Widerstand der rechten Parteien und der Konzernlobby bereits Erfolge erzielt.<sup>1</sup> Die Kurzarbeitsentschädigung wurde verlängert und für Personen mit tiefen Löhnen erhöht, die Unterstützung wurde auf direkt und indirekt betroffene Selbständige ausgedehnt und die Entschädigungsdauer für Arbeitslose verlängert. Zudem konnte dank dem Engagement der SP die Inkraftsetzung der neuen Überbrückungsleistungen um ein halbes Jahr vorgezogen werden. Natürlich gab es auch Rückschläge. So versenkten die Bürgerlichen nach monatelangem Hinhalten den Kompromiss zum Teilerlass der Mietkosten. Und auch bei den Kitas ist die finanzielle Unterstützung noch immer ungenügend.

Es ist richtig, dass die Schweiz in der ersten Phase die Betroffenen unterstützt hat. Dass der Bundesrat schon am 20. März ein Hilfspaket in der Höhe von 40 Milliarden Franken zur Verfügung stellte, war fast schon historisch. Leider hat sich im bürgerlichen Lager die Er-

---

<sup>1</sup> Die ausführliche Liste mit allen Vorstössen und Erfolgen der SP seit Beginn der Corona-Krise findet sich hier: <https://tsueri.cloud/s/2LpbkNjBLwyrT5E>

kenntnis noch nicht durchgesetzt, dass es noch mehr öffentliche Gelder brauchen wird – und zwar über einen längeren Zeitraum. Dabei ist klar: Die Schweiz hat die Mittel, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern. Erstens hat der Bund in den letzten Jahren Milliarden Überschüsse erzielt, alleine seit 2010 über 20 Milliarden. Wann, wenn nicht in einer Jahrhundertkrise, soll das in guten Zeiten gesparte Geld ausgegeben werden? Zweitens ist eine Neuverschuldung angesichts der international rekordtiefen Schuldenquote der Schweiz unbedenklich. Mehr noch: In Zeiten von Negativzinsen ist die Aufnahme von Schulden für die öffentliche Hand sogar ein vorteilhaftes Geschäft. Würde die Schweiz wie fast alle anderen Länder neue Schulden aufnehmen, würde dies auch ein wenig Druck vom Frankenkurs nehmen.

**A-9:** Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Muriel Günther (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)

**Forderung:** streichen im letzten Absatz („Wann, wenn nicht in einer Jahrhundertkrise“) und ersetzen durch

*Streichen:* Erstens hat der Bund in den letzten Jahren Milliarden Überschüsse erzielt, alleine seit 2010 über 20 Milliarden. Wann, wenn nicht in einer Jahrhundertkrise, soll das in guten Zeiten gesparte Geld ausgegeben werden?

*Ersetzen durch:* Erstens hat der Bund der Bund in den letzten Jahren aufgrund der Rechtsbürgerlichen Austeritätspolitik Milliarden Überschüsse erzielt, alleine seit 2010 über 20 Milliarden. Allerspätestens jetzt muss das verfügbare Geld ausgegeben werden.

**Begründung:** Die Überschüsse der letzten Jahre sind nicht auf „Sparen in guten Zeiten“ zurückzuführen, sondern darauf, dass die Rechtsbürgerlichen längt nötige Ausgaben nicht tätigen wollten. Wenn die SP hier von „gespart“ spricht, übernimmt sie direkt das Narrativ eben jener politischen Kräfte, welche dafür verantwortlich sind, dass die Schweiz zu wenig Geld in die Krisenvorbereitung, in die Bekämpfung der Klimakrise und in die öffentlichen Dienste investiert hat, um nur einige zu nennen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme: „Erstens hat der Bund der Bund in den letzten Jahren ~~aufgrund der Rechtsbürgerlichen Austeritätspolitik~~ Milliarden Überschüsse erzielt, alleine seit 2010 über 20 Milliarden. Allerspätestens jetzt muss das verfügbare Geld ausgegeben werden“.

**Begründung der GL:** Wir sollten nicht das bürgerliche Narrativ befeuern, dass nur Austeritätspolitik zu Überschüssen führen kann. Im Bundesbudget haben in den letzten Jahren zusätzliche, ungeplante Mehreinnahmen zu den Überschüssen geführt. Vor allem aber beweisen linke Kantonsregierungen (z.B. BS, VD) oder Stadtregierungen (z.B. Zürich), dass linke Politik und solide Staatsfinanzen keine Gegensätze sind – im Gegenteil.

**Darum fordert die SP: Die Schweiz muss so viel Geld zur Verfügung stellen, wie nötig ist, um alle von der Corona-Krise betroffenen Menschen und Unternehmen, die unverschuldet in finanzielle Nöte geraten sind, so zu entschädigen, dass Einkommen und Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Konjunktur stabilisiert wird.**

- 1) Die **Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung** für Tiefstlöhne war ein erster Schritt. Zum Erhalt der Kaufkraft müssen **im Falle von Kurzarbeit alle Löhne bis zum Medianlohn zu 100 Prozent** entschädigt werden.
- 2) Bei der **Arbeitslosenversicherung (ALV) müssen die repressiven Massnahmen bis zum Ende der Krise ausgesetzt werden.** Für viele Betroffene – zum Beispiel im Kulturbereich – ist die Suche nach einer neuen Stelle aussichtslos, solange die Krise andauert.
- 3) Die Härtefall-Hilfen und Covid-Kredite sollen für stark betroffene Betriebe in **Ä-fonds-perdu-Beiträge für alle ungedeckten Fixkosten** umgewandelt werden. Ziel muss sein, Konkurse und Arbeitslosigkeit zu verhindern.
- 4) Menschen und Familien mit wenig Geld sind von der Krise besonders hart betroffen. Die SP fordert darum **einmalige Corona-Direktzahlungen an Einzelpersonen und Haushalte in finanziell prekären Situationen.**
- 5) Nach dem Scheitern des Mietkosten-Kompromisses im Nationalrat wird die SP **auf kantonaler Ebene eine Lösung für die Übernahme der Mietkosten von Geschäften** suchen. Vorbild ist das «Basler Modell» (Je ein Drittel der Miete bezahlt durch Mieter, Vermieter und Staat). Dies für den Fall, dass die Direkthilfe (Härtefall-Regelung) nicht auf die Entschädigung der ungedeckten Fixkosten ausgedehnt wird.

*A-10: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Muriel Günther (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)*

**Forderung:** ergänzen bei Forderung 5 („Mietkosten-Kompromiss“)

*Die SP wird dem “Basler Modell” jedoch nur zustimmen, wenn die Finanzierung dieser Unterstützung durch eine Immobiliensteuer oder eine Steuer für Vermögende gewährleistet ist.*

**Begründung:** *Es ist richtig, dass die SP dafür kämpft, dass Kleinbetriebe bei den Mietkosten entlastet werden. Das “Basler Modell” kommt jedoch einer direkten Subventionierung der Immobilienbranche durch den Staat gleich. Diese Branche ist eine der einzigen, welche in dieser Krise durchgehend weiter profitiert und hohe Margen einfährt. Als SP können wir einer solchen Lösung nur zustimmen, wenn das Geld dafür gleichzeitig dort geholt wird, wo seit Jahren und weiterhin Milliardengewinne gemacht werden, nämlich bei der Immobilienbranche selber oder bei den Superreichen.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** *Modifizierte Annahme: „Die SP wird sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung dieser Unterstützung durch eine Immobiliensteuer oder eine Steuer für Vermögende gewährleistet wird.“*

**Begründung der GL:** *Die Formulierung im Antrag ist zu ultimativ. Wenn wir unsere Unterstützung für das „Basler Modell“ an derart harte Bedingungen knüpfen, riskieren wir ein Scheitern dieses Modells und damit Tausende Konkurse und Stellenverluste. Denn die Bürgerlichen haben zur Genüge bewiesen, dass sie nicht davor zurückschrecken, die „Kleinen“ fallen zu lassen, um die Profite der „Grossen“ zu sichern. Darum ist es richtig, für eine Finanzierung durch die Krisenprofiteure zu kämpfen. Aber wir sollten unsere Unterstützung für die Betroffenen nicht ultimativ davon abhängig machen.*

- 6) Die ohnehin hohen Mietkosten sind auch für Privatpersonen ein Problem. Wenn in der Corona-Krise das Einkommen schrumpft, dann spitzt sich dieses Problem zu. **Die SP unterstützt darum den Ausbau des Mieter:innenschutzes für Privatpersonen.** So sollen Kündigungen aufgrund von Mietrückständen erschwert werden.
- 7) Es braucht einen **Ausbau der 2020 vom Parlament beschlossenen Überbrückungsleistungen** für Menschen, die kurz vor dem Pensionsalter ihre Stelle verlieren. Insbesondere soll die Altersschwelle von 60 Jahren für den Anspruch auf Überbrückungsleistungen gesenkt werden.
- 8) Die Corona-Krise kann jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erschweren. Um einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, soll die Schweiz eine **Jobgarantie für Junge** analog zur EU schaffen. Die «EU-Jugendgarantie» hat die Jugendarbeitslosigkeit in der EU in den letzten fünf Jahren deutlich reduziert.

**A-11:** *Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Muriel Günther (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)*

**Forderung:** *ersetzen bei Forderung 8 („Jobgarantie für Junge“):*

*Streichen: Die Corona-Krise kann jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erschweren. Um einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, soll die Schweiz eine Jobgarantie für Junge analog zur EU schaffen. Die «EU-Jugendgarantie» hat die Jugendarbeitslosigkeit in der EU in den letzten fünf Jahren deutlich reduziert.*

*Ersetzen durch: Die Corona-Krise führt trotz Kurzarbeit zur Entlassung von Zehntausenden von Lohnabhängigen. Um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern, soll die Schweiz eine Jobgarantie schaffen, welche allen Menschen eine würdige & sinnvolle Arbeit bei der öffentlichen Hand garantiert. Spezifisch für junge Menschen kann die “EU-Jugendgarantie” als Vorbild dienen.*

***Begründung:** Von Entlassungen und fehlenden Jobmöglichkeiten sind nicht nur junge Menschen betroffen, sondern die ganze Bevölkerung. Es ergibt keinen Sinn, weshalb die SP lediglich für junge Menschen eine Jobgarantie fordern soll. Die stets drohende Arbeitslosigkeit hängt als Damoklesschwert über allen Lohnabhängigen und dient lediglich den Besitzenden. Eine öffentliche Jobgarantie nähme den Besitzenden diesen Trumpf und würde die 99% kurzfristig vom ökonomischen Zwang befreien. Sollte eine Jobgarantie für Junge mehrheitsfähig sein, kann dies trotzdem aus diesem Papier abgeleitet werden.*

***Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung und Modifizierung der ursprünglichen Formulierung: „Jugendgarantie“ anstatt „Jobgarantie für Junge“.*

***Begründung der GL:** Bei Forderung 8 geht es ganz spezifisch um junge Menschen, die wegen der Corona-Krise keine Lehrstelle, kein Praktikum oder keine Stelle für den Berufseinstieg finden. Es geht also nicht darum, bestehende Jobs durch die Krise zu „retten“ und Einkommen zu sichern. Dafür stehen die Forderungen 1 bis 7 in diesem Kapitel.*

*Die GL ist aber mit Antragsstellenden einig, dass das Konzept „Jobgarantie“ eine vertiefte Diskussion verdient. Diese muss im Kontext von AEV und Bedingungslosen Grundeinkommen BGE stattfinden. Zum BGE ist eine neue Volksinitiative in Planung, die SP wird also an einer DV oder einem Parteitag ohnehin ihre Position klären müssen. Die GL schlägt vor, die vertiefte Diskussion bei dieser Gelegenheit zu führen.*

- 9) Der **Umbau der Arbeitslosenversicherung (ALV) in eine Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV)** muss ernsthaft angegangen werden. Die AEV soll neben Ersatzleistungen im Fall von Erwerbslosigkeit auch Umschulungen und Weiterbildungen ermöglichen und unterstützen.

### **3. SERVICE PUBLIC: IN DER KRISE ZEIGT SICH DER WERT DES SERVICE PUBLIC**

«Systemrelevanz» ist ein prägender Begriff der Corona-Krise. Als das Land im März plötzlich still stand, wurde offensichtlich, welche Berufe für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar sind. Pflegefachleute, Ärztinnen, Pöstlerinnen, Strassenreiniger, Busfahrerinnen, Supermarkt-Kassierer und viele mehr – sie mussten trotz Lockdown weiter an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, vielfach unter prekären Bedingungen. Der Applaus, der ihnen von den Balkonen gesendet wurde, reicht aber nicht.

Viele dieser Berufe haben eines gemeinsam: Sie sind zu wenig gut bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Eine Verbesserung ist dringend nötig. Nicht nur aus Dankbarkeit, sondern damit wir als Gesellschaft für die nächste Krise gewappnet sind. Denn wenn sich gerade im Gesundheitsbereich die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht



schnell bessern, dann droht ein Exodus. Und das würde sich spätestens in der nächsten Gesundheitskrise rächen.

Auch die Kinderbetreuung wurde im Lockdown plötzlich als systemrelevant erkannt. Eine weitere Branche mit tiefen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Und es ist kein Zufall, dass auch in dieser Branche der Frauenanteil hoch ist. Die SP fordert schon lange, dass Kitas Teil des Service public werden. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit dieser Forderung nochmals unterstrichen. Kitas sollen genau wie obligatorische Schulen von der öffentlichen Hand angeboten und finanziert werden. Damit sinken für Eltern die hohen Betreuungskosten. Und die Kita-Angestellten werden endlich angemessen bezahlt.

Der Staat hat in der Krise seine Handlungsfähigkeit bewiesen. Daran ändern auch die Unzulänglichkeiten vor und während der zweiten Welle nichts. Sowohl in der Schweiz wie international gilt: Immer wenn die Lage ernst wird, muss der Staat einschreiten. Nicht die «unsichtbare Hand» des Marktes gibt in der Krise Sicherheit und Orientierung, sondern die demokratisch legitimierte öffentliche Hand.

Ein Paradebeispiel für die Überlegenheit von Kooperation und Solidarität über Wettbewerb und Kapitalismus ist die Entwicklung der Corona-Impfstoffe. Es war nur möglich, innert weniger als einem Jahr einsatzfähige Impfstoffe zu entwickeln, weil Staaten und Organisationen Milliarden in die Forschung investiert haben, weil sie die Pharmafirmen zur Zusammenarbeit verpflichtet haben und weil Forschungsergebnisse offen geteilt wurden. Kurz: Die Weltgemeinschaft hat in der Krise für einmal solidarisch gehandelt und war damit erfolgreich. Allerdings muss diese Solidarität auch bei der Verteilung der Impfstoffe spielen. Der sich anbahnende Impf-Nationalismus der reichen Länder des Nordens ist inhuman und behindert eine effiziente Pandemie-Bekämpfung.

**Darum fordert die SP: Die öffentliche Infrastruktur ist systemrelevant und darum Teil des Service public. Dazu gehören auch Bereiche, die heute noch nicht als Service public anerkannt werden wie beispielsweise die Kinderbetreuung.**

- 1) Die **Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich müssen rasch verbessert werden**. Ausserdem sollen Mitarbeitende im Gesundheitsbereich eine Einmalzahlung für die in der Corona-Krise geleistete Arbeit erhalten.

*A-12 : Parti socialiste neuchâtelois*

*Demande : ajouter après « Les salaires et les conditions de travail dans le secteur de la santé doivent être améliorés rapidement »*

*Les dotations des institutions de santé doivent être augmentées, non seulement en moyens financiers et en matériel, mais via des efforts significatifs de formation de la relève et de la formation continue.*

*Exposé des motifs : Dans les cantons, des efforts colossaux ont été fournis par le personnel de soin, notamment dans les EMS. Si une augmentation de leurs moyens financiers et de leur matériel est nécessaire pour soutenir leurs efforts, il est*

*également important d'améliorer les offres de formation pour une relève de qualité ainsi que les possibilités de formation continue.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

- 2) **Kinderbetreuung ist Service public.** Kitas müssen wie Kindergärten und Schulen gebührenfrei von der öffentlichen Hand angeboten und über Steuergelder finanziert werden.
- 3) Die SP fordert ein **Abbaumoratorium beim Service public und parallel dazu ein Moratorium für die Senkung von Gewinnsteuern.** Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst dürfen auch auf kantonaler Ebene nicht verschlechtert werden. Im Gegenteil: Es braucht Verbesserungen für das Personal in ebenfalls systemrelevanten Bereichen, die nicht in öffentlicher Hand sind (Logistik, Verkehr, Post etc.).

*A-13: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung), Ronja Jansen (Vizepräsidium), Muriel Günther (Geschäftsleitung), Fabio Oberle (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mathilde Mottet (KoKo), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Andrea Simonett (JUSO)*

***Forderung:** Ergänzung bei Forderung 3 („Moratorium für die Senkung von Gewinnsteuern“):*

*Die SP fordert ein Abbaumoratorium beim Service public und parallel dazu ein Moratorium für die Senkung von Gewinnsteuern und jeglichen weiteren Steuersenkungen, von welchen vor allem die Besitzenden und Vermögenden profitieren.*

***Begründung:** Die Senkung der Gewinnsteuern ist die absurdeste aller Forderungen nach Steuergeschenken der Rechtsbürgerlichen. Das heisst nicht, dass die anderen Formen, wie Kapitaleinkommenssteuern oder Vermögenssteuern, vor den politischen Mehrheit verschont werden müssen. Die Linke muss klarmachen, dass die neoliberale Schockstrategie dieses Mal keine Chance haben wird.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

- 4) Die **Kontrolle der Besitzverhältnisse der öffentlichen Infrastruktur** gehört in staatliche Hände. Das gilt auch für heute private oder teilprivate Bereiche, die faktisch von der öffentlichen Hand subventioniert werden, z.B. Flughäfen.
- 5) Die Corona-Impfstoffe konnten nur dank Kooperation und staatlicher Förderung so rasch entwickelt und zugelassen werden. Sie dürfen nicht zu Goldesel für private Pharmakonzerne werden. Darum soll der **Patentschutz für Corona-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie ausgesetzt** werden, auch um die Produktion der Impfstoffe zu beschleunigen und günstiger zu machen.

- 6) Die Krankenkassen haben Reserven in der Höhe von knapp 10 Milliarden Franken angehäuft. Angeblich wurden diese Reserven für den Pandemiefall gebildet, nun zeigt sich, dass es sie nicht braucht. **Die SP fordert eine Rückverteilung dieser Milliarden-Reserven an die Prämienzahlenden.**
- 7) Auch Medien sind systemrelevant und erhielten richtigerweise staatliche Unterstützung. Eine **öffentliche Journalismus- und Medienförderung**, wie sie die SP seit Jahren fordert, ist dringend nötig, wenn die Medienvielfalt nicht weiter abnehmen soll.

**A-14: SP Frauen \* Schweiz**

**Forderung:** Ergänzung um Forderung (Forderung 8)

*8. Negative Auswirkungen von Fernunterricht sind zu kompensieren.*

**Begründung:** Schulschliessungen können einen Beitrag zur Einschränkung der Pandemie leisten. Der Unterricht wird von der Schule nach Hause verlegt und es findet Fernunterricht statt. Dadurch sinkt etwa die Mobilität um 20 Prozent wie die ETH Zürich berechnet hat.

Es gibt jedoch auch negative Auswirkungen: Eine vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann in Auftrag gegebene Studie gibt Antworten auf die Frage, wie sich die Arbeitsbelastung der Schweizer Bevölkerung während der Covid-19-Pandemie verändert hat. Die Befunde zeigen: Die zusätzlichen Betreuungspflichten aus Fernunterricht und die Einschränkung der familienexternen Kinderbetreuungsmöglichkeiten ging bei den Befragten zu Lasten der Arbeitskapazität. Berufstätige Frauen waren davon stärker betroffen als berufstätige Männer. Diese Lastenverschiebung – eine staatliche Aufgabe wird unentgeltlich von Eltern übernommen – ist geeignet zu kompensieren z.B. über Steuergutschriften oder durch Betreuungsgutschriften in der AHV.

Ebenfalls zu kompensieren sind aus dem Fernunterricht resultierende negative Auswirkungen auf die Chancengleichheit. Denn es ist davon auszugehen, dass sozial benachteiligte Kinder durch den Fernunterricht schulisch abgehängt werden, was entsprechende Spätfolgen mit sich bringen kann. Deshalb bitten wir die Delegiertenversammlung die Forderung nach Kompensation der Auswirkungen des Fernunterrichts zu unterstützen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme: „Der Schulbetrieb muss sichergestellt werden, ohne dass die Schule selbst zu einem Ort der Ansteckung wird. Deshalb braucht es bei einer Umstellung auf Fernunterricht zwingend flankierende Massnahmen und Szenarien zur Gewährleistung des Rechts auf Bildung. Die Schliessung aller Schulen beziehungsweise das Verbot von Präsenzunterricht darf nur ein allerletztes Mittel sein.“

**Begründung der GL:** Die GL legt an der heutigen DV auch eine Resolution zur Corona-Situation an den Schulen vor. Darin werden die Forderungen der SP an den Schulbetrieb in Corona-Zeiten präzisiert. Die vorgeschlagene Formulierung ist direkt aus dieser Resolution übernommen.

#### **4. POLITISCHE INSTITUTIONEN: ES BRAUCHT WIEDER REGELN, DIE VERSTANDEN, AKZEPTIERT UND BEFOLGT WERDEN KÖNNEN**

Die Corona-Pandemie hat Gewissheiten erschüttert und Unsicherheit erzeugt. Auch wenn zum Glück bereits Ende 2020 mit Impfungen begonnen werden konnte, so wird die Pandemie noch Monate – wenn nicht Jahre – unseren Alltag bestimmen. Darum braucht es verlässliche Regeln, um die Unsicherheit zu reduzieren. Regeln, die von der Bevölkerung verstanden, akzeptiert und befolgt werden können.

Die SP hat an einer Medienkonferenz am 24. November 2020<sup>2</sup> ein Frühwarnsystem in Form eines «Ampelsystems» gefordert. Dieses soll objektive und quantifizierbare Stufen vorsehen, nach denen Massnahmen ausgelöst werden. Ausserdem sollen die Massnahmen möglichst einheitlich sein. Seither sind erste Schritte in diese Richtung unternommen worden. Der Bundesrat hat am 8. Dezember verschärfte und national einheitliche Regeln angekündigt und am 18. Dezember ein Mehrstuflensystem beschlossen.

Die SP fordert, dass dieses mehrstufige System bis zum Ende der Krise beibehalten und weiter ausgebaut wird. Das Entscheidungssystem muss transparent und kohärent sein, mit wissenschaftlich fundierten und konstanten Kriterien für die Auslösung von Massnahmen, sowohl vertikal (Koordination zwischen Bund und Kantonen) wie horizontal (Koordination zwischen Kantonen). Regionale Differenzierungen sind ebenfalls nur aufgrund transparenter und objektiver Kriterien zulässig und nicht aufgrund subjektiver Einschätzungen.

Diese klaren Regeln und Kriterien sind notwendig, um der Bevölkerung und den Unternehmen ein Mindestmass an Planungssicherheit zurückzugeben. Ein mehrstufiges und regelbasiertes System wird auch in der Phase der Lockerungen hilfreich sein, damit die Lockerungen auf Basis empirischer Daten beschlossen werden und nicht wie im Frühling willkürlich auf Druck der diversen Lobbys und Interessenvertreter.

Ebenfalls ist für die SP klar, dass der Bundesrat bis zum Ende der Corona-Krise seine Führungsverantwortung wahrnehmen muss. Ob es dafür die «ausserordentliche Lage» braucht, ist letztlich sekundär. Viel wichtiger ist, dass der Bundesrat wieder stärker gewillt ist, zu führen und die Kantone gegebenenfalls auch zu übersteuern. Gerade mit Blick auf die Phase der Lockerungen wäre es fatal, wenn sich erneut ein föderalistischer Flickenteppich über die Schweiz ausbreiten würde.

**Darum fordert die SP: Der Bundesrat muss bis zum Ende der Corona-Krise seine Führungsverantwortung wieder übernehmen und landesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte und verständliche Massnahmen durchsetzen.**

---

<sup>2</sup> Die Unterlagen zur Medienkonferenz vom 24.11.2020 finden sich hier: <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienmitteilungen/sp-fordert-eine-gesamtstrategie-zur-bekaempfung-der-corona-krise>

1. Die Schweiz soll ein **mehrstufiges, transparentes und kohärentes Kriterien basierendes System mit Massnahmen** einführen und bis zum Ende der Krise beibehalten («Ampelsystem»).
2. Das Massnahmensystem muss **evidenzbasiert sein und auf belastbaren und quantifizierbaren wissenschaftlichen Kriterien** beruhen.
3. **Lockerungen dürfen nur erfolgen, wenn die definierten Kriterien erfüllt sind.** Und nicht willkürlich auf Druck von Lobbys und politischen Parteien.
4. In der Krise ist eine einheitliche und kohärente Kommunikation entscheidend, dies hat sich im Frühling gezeigt. Die **Verantwortung für die Information der Bevölkerung soll wieder primär beim Bund und beim Bundesrat** liegen.
5. Die Corona-Krise hat die Grenzen und Schwachstellen des Föderalismus offen gelegt. Nach Überwindung der Krise braucht es eine **Diskussion über den Föderalismus im 21. Jahrhundert.** Dabei soll es nicht um nostalgische Strukturhaltung gehen, sondern um die Frage, wie unsere Institutionen ausgestaltet sein müssen, damit jede Staatsebene jene Aufgaben, für die sie geeignet ist, am besten erfüllen kann.

*A-15 : Parti socialiste neuchâtelois*

***Demande :** Compléter « Ici, il ne s'agit pas de préserver des structures par nostalgie, mais de se demander comment nos institutions devraient être conçues pour que chaque niveau étatique puisse remplir au mieux les tâches qui lui correspondent. » par De ce point de vue, un regard critique sur le pilotage politique - respectivement l'affaiblissement du pouvoir politique - instauré par la LAMal s'impose.*

***Exposé des motifs :** En invitant à affaiblir les prérogatives des cantons, la critique du fédéralisme risque d'anéantir les derniers bastions dans lesquels l'idée d'un service public de santé peut encore être défendue. De fait, si les cantons ont été incapables de coordonner leurs actions, c'est que, jetés en concurrence les uns contre les autres par la LAMal en temps normaux, ils ne disposent ni des organes, ni des ressources, ni surtout des pratiques de coordination nécessaires. La LAMal, en dépassant très largement le cadre d'une législation d'assurance sociale, est devenue progressivement une loi d'organisation du système de santé. Or, ce mandat relève de la compétence des cantons selon la Constitution, de sorte qu'il n'existe plus de véritable organe politique de régulation du système : les cantons sont devenus des organes d'exécution et bien des compétences découlant de la LAMal sont confiées aux assurances, lesquelles ne rendent pas de compte et n'ont aucune légitimité à prendre des décisions. La crise doit être l'occasion de critiquer et de remettre en question ce hold-up que le Parlement a progressivement organisé sur les compétences politiques à la faveur des assurances pour l'organisation du système de santé.*

***Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme***

## AUSBLICK: DIE SYSTEMISCHEN URSACHEN DER KRISE ERKENNEN UND BEHEBEN

Heute stecken wir noch mitten im Krisenbewältigungsmodus. Der Zeithorizont dieses Papiers ist darum bewusst kurzfristig: Wie überstehen wir die nächsten sechs Monate? Wie können wir die Zahl der Erkrankten und Toten senken? Wie schaffen wir es, so viele Arbeitsplätze und Betriebe wie möglich zu sichern und die Einkommen zu garantieren? Wir hoffen, dass wir darauf ein paar Antworten geben konnten.

Viele weitere, tiefer gehende Fragen zu den Ursachen und Folgen der Corona-Krise bleiben in diesem Papier hingegen noch unbeantwortet. Ungleichheit, Rückverteilung, Gleichberechtigung der Geschlechter, solidarische Krisenfinanzierung, Ankurbelung der Konjunktur, Globalisierung, Aufwertung der Pflege, Finanzierung und Organisation des Gesundheitssystems, Rolle der Pharmaindustrie, krisenfeste Demokratie – alle diese Themenfelder verdienen eine vertiefte Betrachtung.

**A-16:** Renato Werndli, Karin Hasler, Monika Gähwiler, Brigitta Kuratli, Max Lemmenmeier, Andrea Scheck, Eva Keller

### **Forderung:** Ergänzung

Nach „krisenfeste Demokratie“ beantragen wir mit Komma abgetrennt den Zusatz: „Verhinderung von Zoonosen durch Propagierung des Verzichts auf Tierprodukte“. Grund: Corona ist wie 75% aller Epidemien eine vom Tier übertragene sogenannte Zoonose. Andere prominente Beispiele sind HIV, SARS, MERS, Ebola, Salmonellen, Vogelgrippe, Schweinegrippe. Diese könnten wir verhindern, wenn wir Tiere nicht als eigentliche Produktionsmaschinen in Märkten, Ställen und Schlachthäusern missbrauchen würden. Denn erst die dadurch verursachte Nähe ermöglicht eine Ansteckung. Tierprodukte führen also nicht nur zu viel Leid bei den dafür getöteten Tieren sondern auch bei uns Menschen. Ein weiterer Grund, auf solche Produkte zu verzichten, da wir bestens ohne sie leben können.“

**Begründung:** Unseres Erachtens fehlt die Hauptursache, die eben wichtig wäre um langfristig die Pandemien ursächlich anzugehen und entsprechende Forderungen zu stellen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme: „Verhinderung von Zoonosen durch eine Reduktion des Konsums von Tierprodukten und eine verbesserte Tierhaltung.“

**Begründung der GL:** Ein genereller Verzicht auf tierische Produkte geht zu weit. Die SP macht keine Essensvorschriften, sondern sie setzt darauf, die Lebens- und Produktionsbedingungen zu verbessern.

Ausserdem hat die GL Zweifel daran, ob die Ursprünge der Corona-Pandemie tatsächlich unmittelbar und ausschliesslich in der industriellen Tierhaltung zu suchen sind. Die wissenschaftliche Evidenz stützt diese Darstellung nur sehr bedingt.

Die SP wird im Hinblick auf die Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 Forderungen vorlegen, wie die Krisenbewältigung solidarisch finanziert werden kann und wie die Wirtschaft nachhaltiger und demokratischer aus der Krise hervorgehen kann. Gerade die Krisenfinanzierung ist alles andere als eine nebensächliche technokratische Frage. Wenn in der Corona-Krise die 300 Reichsten der Schweiz noch reicher werden, während Hunderttausende um ihre Existenz bangen und kein Einkommen haben, dann droht nach der Gesundheitskrise eine sozialen Krise mit riesiger Sprengkraft. Darum ist schon heute klar: Die Krise muss von jenen finanziert werden, die davon profitiert haben und von jenen, die in den letzten Jahren stets entlastet wurden: Konzerne, Kapitaleigner:innen, Vermögende. Eine Erhöhung der Steuern auf Arbeitseinkommen oder der Konsumsteuern (Mehrwertsteuer) zur Finanzierung der Krise lehnt die SP ab.

Am Parteitag vom 31. August 2021 ist dann geplant, eine Grundsatzdebatte über die Lektionen zu führen, welche die Schweiz aus der Corona-Krise ziehen muss. Eine zentrale Frage wird dabei sein, wie wir die Erkenntnisse aus der Corona-Krise für die Bekämpfung der Klima-Krise nutzen können. Denn eines hat die Pandemie bewiesen: Im Notfall können Regierungen, Unternehmen und Gesellschaften extrem schnell und effektiv handeln. Auch die Klima-Krise ist dringlich und erfordert entschiedenes Handeln.

**A-17: Parti socialiste neuchâtelois**

**Demande :** *Ajouter un cinquième chapitre sur la culture, après le chapitre « Institutions publiques »*

**5. Culture : pour des indemnisations réelles et une véritable reconnaissance des métiers de la culture**

*Le secteur culturel fonctionne en écosystème. Ainsi, la moindre variation d'une de ses composantes affecte l'entiers du secteur. Les arrêts du secteur décidés par les autorités sont comme un coup de gel : ils créent des problèmes à moyen terme (saturation des lieux de diffusion à cause des reports de programmation, fragilisation voire faillite d'évènements faute de trésorerie – les festivals dépendent beaucoup des produits permis par leur tenue, abandon du métier par nécessité de survie économique et pertes des savoir-faire, etc.).*

*La culture joue un rôle essentiel tant pour le développement individuel que pour la cohésion sociale. Elle réunit par-delà les différences sociales, politiques, philosophiques ou religieuses. Elle contribue ainsi à façonner notre identité commune, à rendre sensible notre appartenance à une même société. Elle représente également un secteur économique non-négligeable, avec près de 300'000 emplois liés et générant une part d'environ 3% du PIB.*

*Les conséquences des arrêts du secteur ont mis en lumière la précarité généralisée des travailleuses et travailleurs de la culture. Cette précarité est le fruit d'une non-prise en compte depuis des années des spécificités de ces métiers, qui ne peuvent pas être productifs en permanence. Pour créer, il faut de l'inspiration, des recherches et un temps de production de l'œuvre avant de pouvoir la diffuser et la montrer à un public. L'absence de prise en compte de cet élément fondamental*

*conduit les travailleuses et travailleurs du domaine dans une précarité face aux assurances sociales et à des perspectives de retraites familiales.*

*Dans le cas plus particulier de la crise, cette méconnaissance des modes de production conduit à l'inadéquation des mesures d'indemnisation, qui ont été pensées pour des modèles de production standards et non pour répondre à la situation réelle du secteur culturel. Les aides ne feront d'ailleurs pas tout et il faut que les pouvoirs publics débloquent les moyens nécessaires pour permettre aux professionnels du secteur de travailler à défaut de pouvoir diffuser leurs œuvres.*

***Par conséquent, le PS exige ceci : que les indemnisations qui soient à la hauteur des pertes subies et qu'elles prennent en compte la diversité des modèles économiques de la culture. Et que la Confédération accorde une véritable reconnaissance aux travailleuses et aux travailleurs de la culture de notre pays.***

1. ***Reconnaître juridiquement et administrativement le statut spécifique des travailleur·euse·s culturel·le·s au niveau fédéral.***
2. ***Les indemnités de perte financières doivent couvrir 100 % de la perte reconnue (au lieu de seulement 80 %) pour toutes les entreprises culturelles et les acteurs culturels.***
3. ***Développer les soutiens financiers à la recherche artistique, afin que les travailleur·euse·s culturel·le·s puissent continuer à travailler en dehors de la diffusion des œuvres***
4. ***Simplifier et accélérer les démarches administratives nécessaires pour l'obtention des indemnités financières et s'assurer qu'elles correspondent aux réalités du terrain***
5. ***Revoir le mode de calcul des indemnités APG afin de garantir aux indépendant·e·s des revenus décentés***
6. ***Rallonger la durée des délais-cadres et indemnités chômage, pour prendre en compte la deuxième fermeture des lieux culturels, qui dure depuis bientôt 4 mois***

***Exposé des motifs :*** Les raisons de cette demande sont contenues dans la demande elle-même. Si cela est possible, un développement oral sera fait durant l'AD.

***Empfehlung der Geschäftsleitung:*** Modifizierte Annahme:

- *Im Kapitel 2 „Wirtschaft und Arbeit“ wird ein Abschnitt zur Kultur eingefügt.*
- *Die Forderungen 1 und 4 werden übernommen.*
- *Die Forderung 3 wird modifiziert aufgenommen: „Die SP unterstützt die Einrichtung eines Systems der Existenzsicherung für Kulturschaffende nach dem Vorbild des Kantons Zürich.“*
- *Die Forderungen 2, 5 und 6 sind im Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ bereits integriert.*

***Begründung der GL:*** Der Antrag ist inhaltlich völlig berechtigt. Kulturschaffende leiden stark unter der Corona-Krise und brauchen Unterstützung. Die SP hat jedoch stets Wert darauf gelegt – auch in diesem Papier – nicht branchenspezifische Insellösungen zu schaffen, sondern Unterstützung für alle Betroffenen zu garantieren, unabhängig von Branche und Einzelfällen. Wir wollen wegkommen von der Härte-



*fall-Logik und der Einzelfall-Prüfung. Darum stünde ein eigenes Kapitel zu einer spezifischen Branche etwas quer in der Landschaft. So schlägt die GL als Kompromiss vor, die völlig berechtigten Forderungen für Kulturschaffende im Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ zu integrieren.*

**A-18 : Parti socialiste neuchâtelois**

**Amendement au chapitre ou à la requête :** *Résumé du papier*

**Demande :** *Ajouter un point « Culture » après le point « Institutions politiques »*

*Culture : le secteur culturel a été durement frappé par les arrêts de son activité décidés par les autorités. Ces arrêts ont également des conséquences dans la durée, puisque c'est toute la chaîne de production qui a été perturbée par la fermeture des lieux culturels, qui assurent la diffusion des œuvres. Cette crise met en lumière la précarité des métiers de la culture, qui sont souvent méconnus et peu reconnus par les autorités. Cette précarité est exacerbée par les arrêts à répétition et la partielle inadéquation des indemnités mises en place, à tel point qu'on observe déjà l'abandon de leurs métiers par nombre d'actrices et acteurs culturels. Il faut non seulement des indemnités appropriées à la diversité des modèles économiques ayant cours dans le secteur culturel, mais aussi une véritable reconnaissance des travailleurs et travailleuses de la culture et des spécificités de leurs métiers.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** *Modifizierte Annahme: Analog A-17 wird ein Verweis auf die Kultur im Abschnitt „Wirtschaft und Arbeit“ eingefügt.*

**Begründung der GL:** *Siehe A-17*